

IM GESPRÄCH: NICOLAI VON ONDARZA

„Vor einem heißen Herbst im Brexit-Drama“

Der SWP-Politikwissenschaftler sieht kaum Optionen für die EU, ein No-Deal-Szenario noch zu verhindern

Von Andreas Heitker, Brüssel

Börsen-Zeitung, 15.8.2019

Der Politikwissenschaftler Nicolai von Ondarza von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sieht kaum noch Chancen auf eine Verständigung zwischen der EU und Großbritannien im Brexit-Streit. „Die Optionen der EU-27, einen harten Brexit noch zu vermeiden, sind sehr begrenzt“, betonte Ondarza im Gespräch mit der Börsen-Zeitung. Theoretisch könne die EU versuchen, bis Ende Oktober noch ein neues Abkommen mit der britischen Regierung zu verhandeln. Dies sei aber nicht sehr realistisch, vor allem, da der neue Premierminister Boris Johnson nach seinem Amtsantritt gleich mit Maximalforderungen vorgeprescht sei, wie etwa der Streichung des Backstop aus dem Austrittsabkommen.

„Die Politik von Boris Johnson scheint nicht darauf ausgerichtet zu sein, noch einen Kompromiss mit der EU zu erreichen“, sagt Ondarza, der bei der Berliner SWP stellvertretender Forschungsgruppenleiter des Bereichs EU/Europa ist und als profiliertester Kenner sowohl der britischen als auch der Brüsseler Politik gilt. Er verweist darauf, dass zudem zahlreiche Brexit-Hardliner im Unterhaus in London schon angekündigt haben, auch bei deutlichen Zugeständnissen der EU gegen das bereits ausgehandelte Austrittsabkommen zu stimmen. Für ihn ist klar: „Die Chancen auf eine Einigung sind damit sehr, sehr nahe bei null.“

Auch auf eine weitere Verlängerung der Brexit-Frist über den Oktober hinaus könne die EU zurzeit kaum hoffen, da eine solche nur von der britischen Regierung beantragt werden könnte. Ohne einen solchen Antrag habe die EU keine Handlungsmöglichkeiten. Da sei die Rechtslage sehr klar.

Auch das britische Parlament, das sich ja gegen ein No-Deal-Szenario ausgesprochen hat, könne keinen Antrag auf Verlängerung der Frist stellen. Von daher, so erläutert Ondarza in dem Gespräch, sei in London in der ersten Septemberhälfte auch ein Machtkampf zwischen der neuen Regierung und dem Unterhaus zu erwarten.

„Wir stehen auf jeden Fall vor einem heißen Herbst im Brexit-Drama“, prognostiziert der SWP-Experte. Um noch einen geregelten EU-Austritt Großbritanniens Ende Oktober zu erreichen, müsse es schon eine Verständigung zwischen Brüssel und London einige Wochen vorher geben. Dieser Vorlauf sei nötig, weil ja das britische Parlament und auch das EU-Parlament der Einigung erst noch zustimmen müssten. „Selbst eine Verständigung auf dem nächsten Europäischen Rat Mitte Oktober könnte da schon zu spät sein.“

Die EU, sagt Ondarza, brauche in der jetzigen Phase einfach „strategische Geduld“ und müsse abwarten, wer sich in den nächsten Wochen im Showdown zwischen Parlament und Regierung in London durchsetze. „Ich sehe derzeit auch nicht, dass

sich die EU von der Rhetorik von Boris Johnson beeindrucken lässt und bereit wäre, ihre eigenen Kerninteressen zu verletzen – zum Beispiel in der Frage des Backstop, der Solidarität mit Irland und der Integrität des Binnenmarkts.“ Die Einigkeit innerhalb der EU-27 in der Brexit-Frage sei weiterhin sehr groß, unterstreicht Ondarza. Auch die Bundesregierung, die wegen der engen Verflechtungen der deutschen und britischen Industrie ein besonderes Interesse habe, ein No-Deal-Szenario zu verhindern, schere hier nicht aus.

Frage der Handlungsfähigkeit

Dass sich Brüssel zurzeit in einer Übergangsphase von der Juncker-Kommission zur Von-der-Leyen-Kommission befindet, hat nach Einschätzung des EU-Experten auf den weiteren Brexit-Prozess zunächst einmal wenig Auswirkungen. „Die Brexit-Strategie der EU-27 wird ja im Wesentlichen über den Europäischen Rat, also über die Staats- und Regierungschefs festgelegt“, sagt Ondarza. Er sagt aber auch: „Sollte es allerdings tatsächlich am 31. Oktober zu einem harten Brexit kommen, gibt es natürlich Fragezeichen bezüglich der Handlungsfähigkeit der neuen Kommission, die erst am 1. November antritt.“ Und die ersten Tage nach dem unregelmäßigem Austritt würden sehr wichtig werden, um die Folgen eines No-Deal-Austritts möglichst weit einzudämmen.